

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 846 pbbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Heinz Putzrath zu den Pogromen gegen Ausländer und der Bonner Reaktion: Gefahr im Verzug.

Seite 1

Uta Zapf MdB zum Krieg des türkischen Militärs gegen die Kurden des Landes: Deutsche Panzer waren dabei.

Seite 3

Klaus Wertig MdEP zu einem Kommentar des langjährigen SPD-Abgeordneten Peter Conradi: Ja zu Maastricht - nein zu Conradi!

Seite 5

Brigitte Adler MdB zur Notwendigkeit, die Menschenrechte durch demokratische Strukturen und Aufbauhilfe zu sichern: Äthiopien und Eritrea brauchen unsere Hilfe.

Seite 6

47. Jahrgang / 182

22. September 1992

Gefahr im Verzug

Zu den Pogromen gegen Ausländer und der Bonner Reaktion

Von Heinz Putzrath

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Die Ohnmacht der deutschen Demokratie vollzieht sich in diesen Tagen. Jahrelang haben die Regierungsorgane die Gefahr von links her aufbeschworen und diese Einseitigkeit konnte man anhand der Verfassungsschutzberichte ablesen. Auf dem rechten Auge war man blind.

Was den Linksextremismus und den Rechtsextremismus grundsätzlich unterscheidet, ist die heutige Akzeptanz, scheinbar oder real, der Gewalt von rechts gegen Ausländer durch die Teile der Bevölkerung. Hier agiert nicht nur eine kleine Gruppe Irregleiteter, die ihre Wut, Ver zweiflung an Wehrlosen auslassen, sondern da ist eine Grundstimmung in wachsenden Teilen der Bevölkerung, die als Zuschauer die Exzesse billigen, auch Beifall klatschen und die Hooligans ermutigen.

Dies ist nicht allein ein Symptom der neuen Bundesländer, sondern zeigt eine Krise unseres Staates und ihrer sie tragenden Parteien. Der Verdruß mit den sogenannten Volksparteien, das Ende der Wohlfahrtsgesellschaft und die damit verbundenen sozialen Spannungen, spätestens seit der Einheit 1989, bilden einen fruchtbaren Nährboden für vereinfachende rechte Lösungen.

Bestimmte Parallelen mit der Weimarer Republik sind daher nicht mehr zu leugnen. Wie damals können sich die Konservativen im Lande nur durch Anpassung an die Rechten behaupten, denn die Grenzen zu ihnen sind fließend. "Deutschland den Deutschen" entspricht durchaus der Herrenrassentheorie der Nazis, für die Fremde, soweit sie nicht als Arier klassifiziert wurden, Untermenschen waren und entsprechend bekämpft wurden. Die Parole "Ausländer raus" erinnert fatal an "Juden raus, denn für die heutigen Rassisten gelten auch Juden wie damals als Ausländer.

Mit Steinen gegen jüdische Geschäfte begann es, in Auschwitz endete es.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenloser Umwelt
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Auch heute besteht die Gefahr, daß sich die Welle der Gewalt der Skins, Neonazis und Jugendlichen ohne politische Motivation, teils auch ohne berufliche Perspektive, wie ein Flächenbrand auf die ganze Bundesrepublik ausbreitet. Dann ist auch die Schwelle zum Antisemitismus, latent immer vorhanden, leicht zu überspringen. Die Bagatelisierung dieser Tendenzen führte zu einer Schlußpunktmentalität.

Was ist jetzt zu tun? Kurzfristig ist die Polizei und die Justiz gefordert, um Gewalttäter zu bestrafen. Niemand wird ein Rezept für eine schnelle Lösung anbieten können. Langfristig jedoch ist die Regierung, sind die Länder, die Schulen und alle gesellschaftlichen Gruppen gefordert, sich der geistigen Auseinandersetzung mit dem Nationalismus und Rassismus zu stellen.

Verschlossene Tore - verschlossene Herzen

Rechtsextremismus in Form von Gewalt gegen Ausländer, das Problem unterschiedlicher Flüchtlingsströme und der Umgang mit dem Asylantenproblem sind Bestandteile eines Komplexes.

Die Addierung aller Arten von Flüchtlingen, die in die Bundesrepublik kommen, führt zu "Horrorzahlen", obwohl eine Differenzierung die Voraussetzung dafür ist, einen vernünftigen Weg zu finden, der für die Betroffenen ebenso wie für die Bürger unseres Landes einsichtig ist. Wer wie die CDU/CSU die "Horrorzahlen" als innerpolitischen Knüppel benutzt und eine Grundgesetzänderung als die Lösung des gewaltigen Problems darstellt, der belügt die Bevölkerung in schamloser Weise. Hier verwischt sich die Grenze zu den Republikanern, der DVU und anderen rechten Gruppierungen. Der "Stimme des Volkes" nachzugeben, statt meinungsbildend im demokratischen Sinne zu wirken, ergibt eine gefährliche Front der Anpassung an nationalistische Intoleranz.

Der Artikel des Grundgesetzes, der politischen Verfolgten Asyl gewährt, ist das Ergebnis schlimmer Erfahrungen der deutschen Vergangenheit. Er darf nicht verändert werden. Nicht nur, weil das Festhalten an Grundsätzen dieser Art zum Bestandteil einer liberalen Demokratie gehört, sondern auch weil es keinerlei praktische Folgen haben wird.

Niemand hat bisher einen Vorschlag gemacht, wie man einerseits weiterhin politischen Verfolgten die Aufnahme gestatten will, andererseits aber die Streichung, Veränderung oder Ergänzung des Grundrechtes vornehmen will. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag fehlt bisher. Der Hohe UN-Flüchtlingskommissar sagte dazu in einem Interview (Süddeutsche Zeitung, 11. September 1992): "Die Streichung des Artikels 16 und seine Ersetzung durch die Flüchtlingskonvention wäre kein Mittel zur Drosselung der Flüchtlingszahlen. Ich würde eher sagen, daß viele Flüchtlinge in Deutschland, die sich jetzt in einer unklaren Situation befinden, dann einen besseren Status bekommen - den eines anerkannten Flüchtlings nach der Genfer Konvention."

Nötig wäre hier also, den Bürgern die Wahrheit zu sagen, daß die Änderung des Artikels 16 überhaupt nicht das bewirken wird, was die Menschen heute bewegt, nämlich der unkontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen jeder Art Einhalt zu gebieten. Wenn ein Gesetz mißbraucht wird, dann muß man den Mißbrauch abstellen, nicht das Gesetz ändern. Die Betonung der Grundgesetzänderung dient somit lediglich innenpolitischem Taktieren und der Stimmungsmache im Vorfeld der Wahlen 1994. Was dagegen dringend erforderlich wäre, ist ein Einwanderungsgesetz, das nach einer Quotenregelung die Gewähr für eine Differenzierung und Kontrolle der Flüchtlingsströme gewährleistet.

Wenn sich innerhalb des nächsten Jahres herausstellt, daß die von Regierungsparteien und der SPD getroffene Änderung des Artikels 16 keine spürbare Verbesserung der Asylproblematik bringt, werden die rechtsradikalen Parteien die großen Nutznießer und Gewinner der kommenden Wahlen sein.

(-/22. September 1992/rs/ks)

(Dieser Artikel erscheint auch in der Oktober-Ausgabe des Bulletins der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten).

Deutsche Panzer waren dabei **Zum Krieg des türkischen Militärs gegen die Kurden des Landes**

Von Uta Zapf MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Der innerstaatliche Konflikt in Südostanatolien eskaliert zusehends. Türkisches Militär und Sicherheitskräfte sind mit der PKK in einem Kampf verwickelt, der mit zunehmender Schärfe geführt wird und zu einem Bürgerkrieg zu eskalieren droht. Kein Tag vergeht, ohne daß man die furchtbaren Nachrichten über Duzende von Toten aufgrund von Gefechten liest. Die Todesspirale dreht sich und ihr blutiger Schwung nimmt von Tag zu Tag zu. Schrecklichstes Beispiel ist die Bombardierung von Sirnak durch das türkische Militär. Eine Kleinstadt wurde in Schutt und Asche geschossen; viele tausende Menschen flüchteten - vor der Gewalt ihres eigenen Staates. Deutsche Panzer waren dabei. Die Weltöffentlichkeit sitzt da und schaut zu. So kann es nicht weitergehen.

Die terroristische PKK hat seit dem Bestehen der neuen Koalitionsregierung und den von ihr versprochenen Maßnahmen zur Demokratisierung und wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei ihre militärischen Angriffe nachhaltig intensiviert. Die PKK befürchtete offensichtlich, daß ihr seitens der türkischen Regierung politisch das Wasser abgegraben werden könnte. Teile der Koalitionsvereinbarungen und nachfolgende Erklärungen weckten die Hoffnung, daß diese Regierung eine völlig neue Politik auch gegenüber der kurdischen Bevölkerung einzuleiten beabsichtigte. Die Angriffe des militärischen Arms der PKK (ARGK) auf Militär- und Gendarmerieposten sowie auf vom türkischen Staat bestellte 'Dorfschützer' nahmen seit dem Herbst letzten Jahres zu; die Situation eskalierte zusehends. Wiederholt kamen auch unschuldige Menschen durch Terrorakte der ARGK ums Leben oder wurden verletzt. Diesen Terror und diese Gewalt, die von der PKK ausgehen, hat die SPD stets und in aller Schärfe verurteilt. Es gibt keine Rechtfertigung für die Gewalt der PKK. Die neue türkische Regierung weigerte sich jedoch von Anfang an, mit ausschließlich rechtsstaatlichen Mitteln gegen die Terrorakte der PKK/ARGK vorzugehen und setzte voll auf die Karte der militärischen Bekämpfung.

Die Blutspur, die diese Strategie nach sich zieht, ist erschreckend. Das Massaker, das türkische Militär- und Polizeiorgane anlässlich von Kundgebungen und Protestveranstaltungen während des kurdischen Newrozfestes (kurdisches Neujahrsfest) anrichteten, demonstrierte, daß den staatlichen Verantwortlichen jeder Maßstab für den Umgang mit innergesellschaftlichen Konfliktsituationen fehlt. Die oftmals von unabhängigen Beobachtern geäußerte Erkenntnis, daß sich Teile der Sicherheitsorgane in Südostanatolien verselbständigt haben, ist inzwischen nicht mehr zu bestreiten. Selbst Außenminister Kinkel brachte diese Erkenntnis von seiner Türkeireise mit - und zog daraus keine Konsequenzen. In Rambo-Manier ziehen Spezialeinheiten weiterhin durch den Südosten der Türkei und betreiben ihre eigene 'Kurdenpolitik'.

Berichte, daß türkische Sicherheitskräfte von Deutschland gelieferte Waffen gegen die kurdische PKK aber auch gegen die Zivilbevölkerung einsetzen, lösten zunächst in Deutschland einen Sturm der Entrüstung aus. Der Türkei wurde Vertragsbruch vorgeworfen; die Bundesregierung stoppte mit großem propagandistischem Aufwand die Rüstungslieferungen (nachdem widerrechtlich eine vom Deutschen Bundestag gesperrte Lieferung von Leopard IA3/T-Panzern an die Türkei vom BMVg veranlaßt und durchgeführt wurde).

Hier war und ist für mich der Gipfel der Heuchelei erreicht. Erst überschwemmt die Bundesrepublik die Türkei mit Rüstungsmaterialien aus Beständen der ehemaligen NVA und der Bundeswehr, dann regt man sich darüber auf, daß die türkische Regierung ihre Verpflichtung nicht einhält, die Waffen nur bei einem Angriff von außen einzusetzen und nicht bei innerstaatlichen Konflikten. Als würde ein türkischer Kommandant vor Ort bei einem Einsatz zunächst eine Inventur des verfügbaren Rüstungsmaterials vornehmen lassen, um herauszufinden, welches Waffengerät für welchen Fall eingesetzt werden darf und welches nicht. So eine Annahme ist vollkommen unrealistisch, zumal in der Türkei der innerstaatliche Einsatz des Militärs rechtlich zulässig ist. Vorhandenes Waffengerät wird genutzt - die Fakten sprechen eine deutliche Sprache. Der Briefwechsel zwischen Außenminister Kinkel und Cetin anlässlich der geplanten Wiederaufnahme von Rüstungslieferungen hat deutlich gemacht, daß es einen vorprogrammierten

Konflikt zwischen beiden Staaten geben wird: Cetin verwies in seinem Antwortschreiben ausdrücklich auf § 13 des neuen NATO-Konzepts vom 7.11.1991, wonach "Terror- und Sabotageakte" zu den "Risiken" gezählt werden, die die Sicherheitsinteressen des NATO-Bündnisses berühren. Auf diese Weise versucht die türkische Regierung den Einsatz der gelieferten Waffen gegen den Terror der PKK zu legitimieren, den sie wiederholt als Angriff von außen definiert hat, da die Kämpfer der ARGK über die irakische oder iranische Grenze auf türkisches Territorium vorstoßen. Deutsche Waffen werden also weiterhin in diesem innerstaatlichen Konflikt eingesetzt werden.

In den letzten Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland massiv dazu beigetragen, den türkischen Staat materiell enorm aufzurüsten. Die diesbezüglichen Ängste der türkischen Nachbarn werden in den letzten Zeiten immer deutlicher artikuliert - entsprechend werden ebenfalls Wünsche nach Waffenlieferungen an die Bundesregierung herangetragen. Man mag sich über die militärische Qualität der gelieferten Waffen streiten, sie gehören sicherlich nicht zu den modernsten verfügbaren Waffensystemen. Immerhin kann die Türkei jedoch auf diese Weise ihr veraltetes Material aussondern (bei Panzerfahrzeugen fast die Hälfte ihres derzeitigen Bestandes), ihre Arme also modernisieren. Die abgestoßenen Rüstungsgüter finden dann zum Teil ihren Weg in andere Krisengebiete (was die türkische Regierung allerdings dementiert), denn die für deutsche Waffenlieferungen vereinbarte Endverbleibsklausel gilt nicht für türkisches Militärgerät.

Gewalt erzeugt Gegengewalt

Die oftmals beschworene deutsch-türkische Freundschaft, die es in der Tat nachhaltig zu pflegen und weiterzuentwickeln gilt, darf und kann aber nicht am Umfang der Rüstungslieferungen gemessen werden. Es ist schlimm genug, daß türkische Vertreter der Regierung und des Generalstabes die innerstaatlichen Probleme meinen mit militärischen Mitteln lösen zu können und zu müssen. Es ist noch schlimmer, daß die Bundesregierung durch die Waffenlieferungen diese politische Haltung in der türkischen politischen Elite stützt. Es ist jedoch klar, daß das kurdische Problem in der Türkei nicht mit militärischen Mitteln zu lösen ist: Gewalt erzeugt Gegengewalt - und leider ist die Rechnung der PKK aufgegangen, den Staat durch terroristische Aktionen so zu provozieren, daß er von seinem anfänglichen Vorhaben, eine politische Lösung anzustreben, abgerückt ist. Eine "schnelle militärische Lösung" des PKK-Problems wird immer lauter verlangt und angestrebt. Eine solche Lösung wird es in diesem Guerillakrieg aber nicht geben können, da die Sympathien in der kurdischen Bevölkerung gegenüber der PKK infolge der innerstaatlichen Repressionen der Koalitionsregierung weiter gestiegen ist. Das PKK-Problem hat sich dementsprechend zu einem gesellschaftlichen Problem entwickelt.

Der Deutsche Bundestag muß und wird über das Programm "Türkeihilfe" in den entsprechenden Ausschüssen und im Plenum neu beraten. Die Rüstungslieferungen (Ausstattungshilfe, Rüstungssonderhilfe und NATO-Verteidigungshilfe) dürfen jedoch nicht wieder aufgenommen werden. Zur Zeit bestehen rechtswirksame Verträge mit der Türkei über die Lieferung von Wehrmaterial in Höhe von rund 211 Millionen DM; weitere Verträge in Höhe von 340 Millionen DM sollen noch abgeschlossen werden. In der derzeitigen Lage würden diese Lieferungen die Position derjenigen in der türkischen Administration stärken, die einem gewaltsamen Vorgehen gegen die PKK-Mitglieder (und die Definition, wer dazu zu zählen ist, ist weit gefaßt) das Wort reden. Die Türkei befindet sich in einer äußerst schweren innergesellschaftlichen und ökonomischen Situation. Hinzu kommt ihre unbestreitbare gewachsene Bedeutung in außenpolitischer Hinsicht in bezug auf die Region der sogenannten Turk-Republiken in der GUS und die übergroßen Erwartungen, die von diesen Republiken an die Türkei herangetragen werden. Auf diesen Gebieten ist Freundschaft und Hilfe gefragt. In diesem Zusammenhang von der 'wichtigen geostrategischen Brückenfunktion' der Türkei zu reden, wie dies jüngst Klaus Kinkel getan hat, offenbart ein Denken in alten macht- und militärpolitischen Kategorien. Die Türkei braucht unsere Hilfe auf politischem und ökonomischem Gebiet. Mit der offensichtlich bevorstehenden Aufnahme von Rüstungslieferungen an die Türkei begibt sich die Bundesregierung in die Gefahr, zur weiteren Eskalation der Lage in der Türkei und zur Destabilisierung in der Region beitragen. Dazu darf es nicht kommen.

(-/22. September 1992/rs/ks)

Ja zu Maastricht - nein zu Conradi!
Zu einem Kommentar des langjährigen SPD-Abgeordneten

Von Klaus Wettig MdEP

Es ist das Schicksal des Politikers, daß ihm die Wähler oft oder gelegentlich nicht folgen. Trotz eifrigen Bemühens gewinnt mancher Kandidat selten oder nie einen Wahlkreis, trotz guter Argumente folgen die Wähler den Parolen der Konkurrenten. So ist es Peter Conradi am vergangenen Samstag gegangen: Das französische Volk hat sich seinem Aufruf (sh: Parlamentarisch-Politische Pressedienst vom 18. September), den Maastricht-Vertrag abzulehnen, wenn auch nur knapp, verschlossen. Aber Mehrheit ist Mehrheit, wie im Fußball Punkt Punkt ist.

Störend an seiner Pose des einsamen Mahners, des Warners vor einem ungewissen Weg bleibt, daß Conradi mit Unterschlagungen, Verdrehungen und Verfälschungen arbeitet, die ihn in eine Reihe mit Politikern bringt, denen er sonst nicht einmal die Hand geben würde. Zu Recht übrigens, denn wer möchte schon mit Gauweiler und Schönhuber dasselbe europapolitische Programm vertreten.

Die Übereinstimmung all dieser deutschen, französischen, dänischen und so weiter Maastricht-Gegnern besteht darin, daß sie zunächst ein Bekenntnis zur europäischen Einigung ablegen, bevor sie uns mit ihren Vorbehalten überschütten. Das jetzige Europa ist das falsche Europa, und in diesem falschen Europa kann es nichts Richtiges geben.

Untermuert wird die Falschheit des Systems mit einer Faktensammlung, die neben Richtigem soviel Falsches enthält, daß ich Mühe habe zu glauben, nur die Uninformiertheit von langjährigen Politikern sei die Ursache.

Damit ich mir nicht den Vorwurf einhandele, um Widerlegung hätte ich mich nicht bemüht, nenne ich einige von Conradi's (auch ein anderer Name könnte hier stehen) Erfindungen: Er spricht von der "lebensfernen Regelwut der Euro-Bürokraten", dabei hätte ihm auffallen müssen, daß viele Anstöße zu dieser Regelungswut aus der deutschen Bürokratie, und natürlich auch aus dem Bundestag kommen, weil wir in der EG alles so trefflich haben möchten wie bei uns. Richtig ist seine Kritik am Agrarsystem der EG, aber waren nicht alle Bonner Regierungen, auch die von der SPD geführten, Bremser bei der Agrarpolitik-Reform. Alle deutschen Finanzminister von Möller bis Waigel haben, seitdem die Subventionsbetrügereien vorkommen, denn für deren Kontrolle sind sie mitzuständig, geschwiegen. Conradi unterstellt, daß die Lebensmittelkontrollen entfallen. Kontrolliert wird schon, bloß nicht mehr an den Grenzen.

Zurecht mischt sich die EG in die Gebäudebrandversicherung ein, was bei einem gemeinsamen Binnenmarkt für Versicherungen nur zwingend ist. Als Versicherte können wir dieses nur begrüßen, denn die Monopolstellung der deutschen Versicherungen beschert uns immer noch überhöhte Tarife. Ob die Erhöhung des Schwerlastverkehrs nur der EG zugerechnet werden kann, auch daran gibt es Zweifel. Vielleicht fragt Conradi einmal bei schwäbischen Großunternehmen an, wieviel Schwerlastverkehr durch "just-in-time-production" und "lean-production" ausgelöst wird. Ich gebe zu, daß die EG oder der Binnenmarkt leichter als Esel herhalten als Daimler oder

Das Feuerwehr-Beispiel ist bekannt. Leider nicht so einfach, auch Conradi wird einräumen, daß unterschiedliche Schlauchsysteme bei grenzüberschreitendem Einsatz viel Verwirrung stiften könnten. Sein Jugendherbergs-Beispiel mußte er erläutern. Unsinn ist die Behauptung über die Bundesbahnerträge aus dem Fernverkehr, die nicht in den Nahverkehr gesteckt werden dürfen. Bei allem Reden über EG-Pläne ist es immer möglich, daß ein Plan für das Gesetz genommen wird. Dieses Phänomen dürfte Conradi aus Bonn aber wohlvertraut sein.

Ich stimme Conradi's Kritik am Entscheidungsprozeß der EG und der eingeschränkten demokratischen Mitwirkung zu. Aber auch an diesem Punkt verzeichnet Conradi. Ich denke, ein neueres Lehrbuch könnte nachhelfen. Außerdem übersieht Conradi die Korrekturen des Maastricht-Vertrages - unzureichend, aber vorhanden.

Es mag einigen oder auch vielen nicht gefallen: Der Maastricht-Vertrag ist ein Fortschritt. Und man kann es nicht oft genug wiederholen, sein Scheitern würde das politische Zentrum Europas, die EG, in eine schwere, über Jahre dauernde Krise stürzen. Wer dies nicht will, muß im Bundestag für den Vertrag stimmen, so wie es der Artikel 24 GG vorsieht. Die Kompetenzüber-

tragung nach Artikel 24 ist schließlich kein Staatsstreich, sondern ein seit 1949 geltendes wiederholt genutztes Verfahren. Auch dies sollte ein langjähriger Bundestagsabgeordneter wissen.

(-/22. September 1992/rs/ks)

Äthiopien und Eritrea brauchen unsere Hilfe

Zur Notwendigkeit, die Menschenrechte durch demokratische Strukturen und Aufbauhilfe zu sichern

Von Brigitte Adler MdB

Äthiopien hat sehr unter dem Bürgerkrieg gelitten. Die nach dem Sturz Mengistus und seiner Militärjunta an die Macht gekommene Übergangsregierung steht vor dem schwierigen Problem, ein totales Chaos zu verhindern und die für das nächste Jahr geplanten Wahlen vorzubereiten.

An der Übergangsregierung sind alle Gruppen des Widerstandes beteiligt. Einzig die Vertreter der "Oromo Liberation Front" (OLF) haben die ihnen zugedachten Positionen nicht besetzt und entziehen sich so ihrer Verantwortung. Diese Organisation hat sich erst sehr spät und nur in geringem Umfang am Sturz des Mengistu-Regimes beteiligt. Ein Teil ihrer Kämpfer, nämlich die von der OLF nach der Kapitulation des alten Regimes übernommenen ehemaligen Mengistu-Truppen, ziehen marodierend durch das ohnehin geplagte Land. Die OLF muß den Kampf einstellen und zurück an den Verhandlungstisch, um im Interesse der Oromos am Wiederaufbau mitzuwirken.

Wichtig sind jetzt einerseits eine schnelle und konzentrierte Hilfe, um das Überleben der Menschen zu sichern und die zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen, andererseits müssen die Geldgeber aber auch auf die Einhaltung von Menschenrechten und die Errichtung demokratischer Strukturen achten.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Einstellung der sowjetischen Hilfe für das bedrängte Mengistu-Regime muß dieses afrikanische Land die Möglichkeit erhalten, sich selbstbestimmt die Zukunft zu sichern. Es ist deshalb eine Aufgabe der Entwicklungspolitik, hier rechtzeitig und den Bedürfnissen entsprechend zu helfen, damit dem Trauma des Bürgerkrieges nicht das politische und wirtschaftliche Chaos folgt. Die Projekte zur Aufforstung und zur Wassergewinnung, die von der GTZ durchgeführt wurden, müssen deshalb fortgesetzt werden. Der Westen sollte sich darüber klar sein, daß geleistete Hilfe auch die Bildung und Festigung demokratischer Strukturen sichert und unterstützt, die als Grundvoraussetzung einer wirklichen Partizipation der verschiedenen Bevölkerungsteile angesehen werden müssen.

Eritrea: Ausland muß Hilfe auch vor dem Referendum gewähren

In Eritrea, das seine Unabhängigkeit von Äthiopien in über dreißig Jahren Krieg erstritten hat, steht die Übergangsregierung vor ähnlichen Problemen. Das Land wurde schon unter Haile Selassie ausgeplündert; die Militärs haben dies später fortgesetzt und die Infrastruktur des Landes planmäßig zerstört. Die neuen Machthaber der EPLF können sich aber auf die Erfahrungen der in den von ihnen befreiten Geieten betriebenen positiven Arbeit des Aufbaus stützen. Hier wurden mit kargen Mitteln beachtliche Erfolge in der Landwirtschaft, der Erziehung und der Gesundheitsfürsorge erzielt. Eine besondere Rolle spielten dabei auch die im Ausland lebenden Eritreer, die ihr dort erworbenes Know-How der Heimat zur Verfügung stellten. Sie sind heute aufgerufen, dies fortzusetzen und den Aufbau ihres Landes persönlich zu unterstützen.

Wegen des noch nicht durchgeführten Referendums und der damit verbundenen fehlenden internationalen Anerkennung erhält Eritrea nur geringe Hilfe aus dem Ausland. Für den Westen ist es aber an der Zeit, mit konkreter finanzieller und technischer Hilfe den Start in die Unabhängigkeit zu ermöglichen. Die Hilfe sollte als Anschub verstanden werden. Es geht also nicht darum, große Summen in ein Land zu pumpen, sondern um konkrete Projekte wie den Wiederaufbau der von den Truppen Mengistus zerstörten Eisenbahn oder die Wiedererrichtung des zerstörten Hafens von Massawa.

(-/22. September 1992/rs/ks)